

Er scheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
Für Leipzig nehmen Bestellungen an: die Expedition, Hohestraße 4, die Genossenschafts- und Buchdruckerei, Zeigerstraße 44, l. Bebel, Peterstraße 18, s. Müller, Bayerschestr. 8b, III.

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
Für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal, pro Monat 4 1/2 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.  
Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:  
H. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J. via New York.  
G. A. Rönnecker,  
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 14. Sonnabend, 15. Februar. 1873.

## Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat Februar zu 4 1/2 Neugroschen werden bei allen sächsischen Postanstalten, für Leipzig bei der Expedition Hohe Straße 4, wie in der Genossenschafts- und Buchdruckerei Zeigerstraße 44, dann Peterstraße 18 und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Neuditz, Neuschönefeld u. bei D. Stelzer, Neuditz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenuau u. bei dem Uhrmacher Weinhard in Lindenuau, für Connewitz u. bei Teubner, Borna'sche Straße 197, für Kleinzschocher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.

Außerhalb Sachsens kann nur auf Februar und März zugleich bei den Postanstalten abonniert werden.

Die Expedition des „Volksstaat“.

## An die Parteigenossen!

Ihren Verpflichtungen gegen die Hauptkasse sind für Dezember vor. Jahres nachgekommen: Augsburg, Altona, Berlin, Breslau, Bensheim, Burgstädt, Bielefeld, Chemnitz, Coburg, Crimmitschau, Dresden, Duisburg, Darmstadt, Eisenach, Ernstthal, Eßlingen, Frohburg, Frankfurt a. M., Forst, Geithain, Giengen, Göttingen, Gießen, Glauchau, Gleisdammer, Gotha, Gersdorf, Gera, Hamburg, Hannover, Herfeld, Hainichen, Heidelberg, Hildesheim, Hohenstein, Kirchhausen, Köthensdorf, Königsberg, Landshut, Limbach, Ludenwalde, Lichtenslein-Callsberg, Leutersdorf, Lörsch, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Marburg, Meerane, München, Neuzing, München-Bernsdorf, Markkirch, Wölau, Mühlberg, Reudorf, Reviogel, Reustadt a. d. S., Nieder-Zwönitz, Ober-Langwitz, Penz, Pforzheim, Pfersee, Reutlingen, Reichenbach, Ronneburg, Ronsdorf, Regensburg, Spandau, Schm. Omlind, Solingen, Stuttgart, Stollberg, Saalfeld, Wandsbeck, Wittgenndorf, Witten, Weimar, Wiesbaden, Wieba, Waldenburg, Zwickau.

Nicht nachgekommen sind: Aalen, Apolda, Arnstadt, Bremen, Bamberg, Camenz, Köln, Cassel, Celle, Colditz, Connewitz, Dessau, Döbeln, Erfurt, Frankenberg, Fürth, Frankenhäusen, Greiz, Glesau, Geyer, Halberstadt, Ingolstadt, Jünznan, Langenbielau, Mühlhausen, Rulshausen, St. A., Mitweida, Mühlheim bei Offenbach, Neubilan, Neuschönefeld, Neu-Heuberg, Reustadt a. d. Orla, Offenbach, Rochlitz, St. Egidien, Scharnbeck, Weigelsdorf, Weichselberg, Wolfenbüttel.

Die Parteiblätter werden ersucht, diejenigen Orte innerhalb ihres Vertriebskreises, welche ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, sowie diejenigen Orte, welche ihre Verpflichtungen gegen die Parteikasse nicht erfüllt haben, an hervorragender Stelle namhaft zu machen.

Für die Inhaftirten ging ferner bei uns ein: Von Hamburg durch Schulz, Hoffmann und Leidinger auf 3 Listen 10 Thlr.; von M. in Hamburg 1 Thlr.; von Frohburg durch Restner 1 Thlr. 15 Gr.; von Glauchau durch Albert 3 Thlr. 10 Gr.; von Lechhausen durch Lichtenslein vom Arbeiter-Verein „Vorwärts“ 2 Thlr.; von Augsburg durch Schäfer 4 fl. 18 kr., Fach-Verein der Schneider 3 fl. 12 kr., von anderen Parteigenossen 1 fl. 18 kr.; von Magdeburg durch Budau 24 Gr. 6 Pf. NB. Hohenstein-Ernstthal hat nicht, wie in vorletzter Nummer angegeben, 2 Thlr. 5 Gr., sondern 5 Thlr. vom Arbeiter-Bildungsverein gezahlt, sowie den Schuldschein von E. Köhler Nr. 186 gratis zurück, sowie von Günther in Altona ebenfalls Schuldschein Nr. 38 gratis zurück. Von einer Bette zwischen einem Staatsangestellten und dem Unterzeichneten, betr. die Wiederwahl Bebel's, 1 Thlr., welcher Betrag vom Unterzeichneten der Parteikasse hiermit überwiesen wird. NB. Fischer, Spandau, alles in Ordnung.

Mit sozial-demokratischem Gruß

H. Wanneke, H. Schäferkamp 34, Hamburg.

## Zur Behandlung der politischen Gefangenen in Sachsen.

Unsere gefangenen und gefangen gewesenen Parteigenossen in Sachsen haben gar manche Klage über die ihnen widerfahrene Behandlung in den Strafanstalten Sachsens anzusprechen und es war schon längst unsere Absicht, diese Beschwerden zusammenzufassen und in einem Gesamtbilde zu veröffentlichen. Vor einigen Tagen aber fanden wir in unserm Parteiorgan, dem „Braunsch. Volksst.“, eine Notiz zu haarsträubender Art über die Praxis im Landesgefängnis zu Zwickau, daß wir dieselbe einer besonderen Beleuchtung zu unterwerfen uns gezwungen sehen.

Dem „Braunsch. Volksst.“ wird unter dem 5. Februar aus Chemnitz folgendes geschrieben: „Freitag über acht Tage kommt unser Wost nach dem Landesgefängnis Zwickau, wo er 6 1/2 Monat sitzen muß. Es werden ihm dort die Kopf- und Bartthaare abgeschoren, er muß mit der schlechtesten Kost sich begnügen und Zwangsarbeit verrichten. So ist es in Sachsen!“

Wir können nicht glauben, daß dieses „So ist es in Sachsen“ stimmt; das würde eine so barbarische Behandlung gegen politische Gefangene sein, wie sie heutigen Tages in ganz Deutschland nicht mehr üblich ist. Eine solche Behandlung unterscheidet sich in nichts von der in ganz Europa berüchtigt gewordenen Art, mit welcher man die politischen Gefangenen in den fünfziger Jahren im Zuchthaus zu Waldheim traktierte. Zwickau aber ist kein Zuchthaus, sondern ein Gefängnis, und eine Behandlung, wie die hier gekennzeichnete, ist unstatthaft und widerspricht ebenso sehr der Natur

der Gefängnisstrafe, wie sie das Reichsstrafgesetzbuch vorsehreibt, als der bisherigen Praxis.

Zunächst existirt nach dem deutschen Strafgesetzbuch nicht unter allen Umständen ein Zwang zur Arbeit. Es heißt dort in § 16: „Die zur Gefängnisstrafe Verurtheilten können in einer Gefängnisanstalt auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden; auf ihr Verlangen sind sie in dieser Weise zu beschäftigen.“ Bei dem Mangel eines Strafvollzugsgesetzes ist es allerdings leider der Willkür der Gefängnisdirectoren überlassen, inwiefern sie einen Gefangenen zur Arbeit zwingen wollen, aber, wenn das Gesetz ausdrücklich die Frage, ob arbeiten oder nicht arbeiten, in jedem einzelnen Falle offen läßt, so unterliegt es wol nicht dem geringsten Zweifel, daß in erster Linie politische Gefangene, und namentlich, wenn diese die Kosten ihrer Verpflegung aus eigener Tasche tragen, diese Wohlthat der Befreiung von Zwangsbeschäftigung genießen.

Diese Einrichtung hat auch bisher thatsächlich in den sächsischen Gefängnissen bestanden; sollte es in Zwickau anders sein, so ist dies entweder der Willkür des dortigen Directors, Herrn d'Alingo, zu verdanken, oder es trägt der Umstand die Schuld, daß Zwickau unter der Herrschaft des sächsischen Strafgesetzbuches Arbeitshaus war, d. h. ein Mittelglied zwischen Gefängnis und Zuchthaus bildete, aber mit dem Unterschiede, daß es mehr dem letzteren als dem ersteren sich näherte, und bis heute noch seine früheren Einrichtungen beibehalten hat. Wie das Landesgefängnis darnach mehr Arbeitshaus wäre, so ist z. B. die Festungshaft in Sachsen mehr Gefängnis. Nach dem, was wir über die Haft unserer in Hubertsbürg befindlichen Parteigenossen vernommen, ist diese weit strenger, wie sie in Preußen gehandhabt wird. Und obgleich seit länger als anderthalb Jahren es Festungsinhaftaten dort gibt, so ist bis heute doch kein Reglement vorhanden, das die Haft regelt, obgleich bei Beschwerden stets darauf hingewiesen wird.

Daß bisher in allen sächsischen Gefängnissen ein Zwang zur Arbeit nicht existirte, wenn der Gefangene sich selbst besorgte, und noch weniger ein Zwang zum Anziehen der Zuchtingasse, resp. des Haar- und Bartschneerens, dafür liefert Zeugniß die Haft unserer Parteigenossen in sämtlichen Bezirksgerichtsgefängnissen, sowie die Haft in dem früheren Landesgefängnis Hubertsbürg. In letzterem hatte z. B. Müdt im Jahre 1870, d. h. noch vor Einführung des Norddeutschen Strafgesetzbuches, welches milder ist, als das frühere sächsische, eine 7monatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen. Müdt durfte sich selbst besorgen, und er erhielt sowohl seine Kleidungsstücke, wie die Freiheit, sich beliebig zu beschäftigen. Dasselbe war auch bei Parteigenosse Ufert der Fall. Dieser arbeitete zwar für die Anstalt — wenn wir nicht irren, widelte er Cigarren, aber er benutzte diesen Verdienst mit den ihm von den Parteigenossen zuließenden Unterstützungen, sich beliebig zu besorgen; auch wurde ihm weder das Haar geschoren, noch war er genöthigt, die Zuchtingasse anzuziehen. Ueberhaupt wurden diese Operationen bei keinem Gefangenen in Hubertsbürg vorgenommen, es sei denn, daß er in einem Zustande ankam, daß Haar- und Bartschneeren und frische Kleidung anzulegen ein Gebot der Reinlichkeit war.

Zeit ungefähr einem Jahre hat Hubertsbürg aufgehört, Landesgefängnis zu sein; Zwickau ist es geworden und hat als Arbeitshaus, was es unter der Herrschaft des früheren sächsischen Strafgesetzbuches war, aufgehört. Darnach ist es also selbstverständlich, daß die ehemals geltenden Vorschriften und Einrichtungen des Arbeitshauses für das Landesgefängnis nicht maßgebend sein dürfen.

Sind aber die in der Chemnitzer Correspondenz des „Braunsch. Volksst.“ enthaltenen Thatsachen wahr, und nach Dem, was wir über die Zustände in Zwickau haben munteln hören, scheint das so, dann ist das Zwickauer Landesgefängnis in Wirklichkeit noch heute Arbeitshaus. Dann aber stehen seine Einrichtungen im vollsten Widerspruch mit dem Gesetz und der bisherigen Praxis der Gefängnisstrafe. Ein solcher Widerspruch wäre um so bezeichnender, als der Director des früheren Arbeitshauses und jetzigen Landesgefängnisses zu Zwickau, Herr d'Alingo, als eine Autorität im Gefängniswesen gilt und sich in den bezüglichen Zeitschriften, wie auf den von Zeit zu Zeit stattfindenden internationalen Kongressen von Beamten des Gefängniswesens als einen der Hauptreformer im humanistischen Sinne aufspielt hat. Es würde dann sehr interessant sein, zu erfahren, wie Herr d'Alingo sein in der angegebenen Richtung theoretisches Wirken mit seinem praktischen Wirken als Landesgefängnisdirector in Einklang bringen will. Es ist Pflicht unserer Parteigenossen, genaue Erkundigungen einzuziehen, welcher Art die Zustände im Landesgefängnis zu Zwickau sind. Nicht allein handelt es sich darum, daß Tausende von Menschen, die unsere sozialen Zustände zu sogenannten „gemeinen“ Verbrechern degradirt haben, einen Anspruch darauf haben, eine Behandlung zu erlangen, wie sie dem Geiste des Gesetzes und unserer so viel von Humanität redenden Zeit angemessen ist; es handelt sich auch darum, ob Männer, die wegen ihrer politischen Ueberzeugungen und Handlungen verurtheilt werden, aber in keines Menschen Augen als „gemeine“ Verbrecher gelten, sich eine Menschen entwürdigende Behandlungsweise gefallen lassen sollen.

Wir bitten unsere Parteigenossen, alle verbürgten Thatsachen über die Zustände des Zwickauer Landesgefängnisses uns sofort zukommen zu lassen. Wir werden sie ohne Ansehen der Person vor den Richterstuhl der öffentlichen Meinung ziehen. Wir hoffen aber auch, daß unser in den nächsten Tagen in Zwickau Quartier nehmender Parteigenosse Wost kein Mittel unversucht lassen wird, Zustände, wie jene in der obigen Correspondenz geschilderten, zu beseitigen. Er möge zunächst Besuche führen bei der über die Landesstrafanstalten eingesetzten Kommission, resp. dem Ministerium und nicht das nicht, dann werden die Vertreter des 17. und 18.

Wahlbezirks es als eine Pflicht ansehen, eine diesbezügliche Interpellation im Reichstag zu stellen, dort die Zustände zu brandmarken und auf Abhilfe zu dringen.

Nach Wost hat Bebel nach Zwickau zu wandern, mancher andere Parteigenosse dürfte nachfolgen. Alle werden mit männlichem Muth ertragen, was über sie die herrschende Gewalt verhängt, aber Aufgabe unserer Parteigenossen, unserer Parteipresse ist es, darüber zu wachen, daß die ertheilte Strafe keine Follter, nicht von entehrenden Zumuthungen begleitet, mit einem Wort, keine Zuchthausstrafe wird. (Crimmischauer B. u. V. - Ztbl.)

## Corruption.

Am vorigen Freitag, 7. d. M., kam der Eisenbahnschwindler im Preussischen Abgeordnetenhaus abermals zur Sprache, und begründete und erweiterte Pasker alle seine neulich erhobenen Anklagen. Uns vorbehaltend, den auf Herrn Wagener bezüglichen Theil später ausführlicher — nach dem stenographischen Bericht — wiederzugeben, begnügen wir uns für heute, der Kammerparniss halber, das Resumé der Berliner „Volkszeitung“ folgen zu lassen. Vor Eintritt in die Diskussion gelangt ein an das Präsidium gerichtetes Schreiben des Ministerpräsidenten Grafen von Roon zur Verlesung, welches mit Begutachtung auf die von Pasker in einer früheren Sitzung vorgetragene Mittheilung in Betreff der Eisenbahnkonzessionen, nachdrücklich geltend macht, daß „hochgestellte Beamte“ keinerlei Begünstigungen Seitens des Handelsministeriums erfahren, daß ferner nicht der Geheimrath Wagener, sondern eine Aktiengesellschaft die Konzession zum Bau der Linie Wangerow-Ronitz erhalten habe, daß endlich diese Bahn durch eine Regie gebaut worden sei. Es wird sodann der Versuch gemacht, die Glaubwürdigkeit Pasker's durch die Behauptung zu entkräften, daß der Abg. Pasker als Rechtsanwalt eines hiesigen Bauhauses die Rechtsgeschäfte einer Firma geleitet habe, welche bei jener Linie Konkurrentin gewesen sei.

Ministerpräsident v. Roon: Ich den Brief geschickt habe, war mir mitgetheilt worden, daß Herr Pasker zu einer großen Firma als Rechtsanwalt in Beziehung stehe. Ich fühle mich verpflichtet zu erklären, daß ich mich seitdem, gestützt auf glaubhafte Aussagen, überzeugt habe, daß dies nicht der Fall ist, und ich bedauere daher, daß ich mich durch einen Irrthum habe verleiten lassen, eine Aeußerung dem Briefe einzuverleiben, die besser unterblieben wäre. (Sehr wahr.)

Abg. Pasker: Ich erlaube es an, daß der Herr Ministerpräsident thatsächlich eine Bemerkung zurückgenommen hat, die gegen meine Ehre gerichtet schien. Zur vollen Klarheit füge ich indessen hinzu, daß ich, seitdem ich Rechtsanwalt bin, niemals ein Rechtsanwaltsgeschäft vollzogen habe. Ich wußte daher nicht, welche Firma gemeint sein konnte, da ich nie mit einer Firma über eine Eisenbahnkonzession irgend ein Wort gesprochen habe. Ich habe überhaupt mein ganzes Leben so eingerichtet, daß jeder Schritt von mir die öffentliche Prüfung in Bezug auf Geldangelegenheiten bestehen kann. Ich habe Alles zurückgewiesen, was nicht allein in direkten Widerspruch, sondern überhaupt in irgend eine Konkurrenz mit meiner öffentlichen Thätigkeit eintreten konnte. Wie ich die Pflicht eines Abgeordneten gegenüber solchen Interessen aufzufasse, dafür diene folgende Mittheilung aus meinem Leben. Bei meiner ersten Kandidatur im Wahlkreis Meiningen bewegte die Frage, ob eine Eisenbahn durch diesen Kreis gelegt werden sollte, den größten Theil meiner Wähler. Mein Gegner in diesem Wahlkreise war ein Meiningener, welcher vorgab, die Interessen Meiningens besser wahrnehmen zu können, da er im Stande sei, die Bahn zu verschaffen. Ich dagegen beantwortete die Aufforderung meines Komite's, mich über die Eisenbahn auszulassen, mit der Erklärung, daß ich nicht zu den Leuten gehöre, welche ihre Wähler durch Versprechen von Privatvortheilen zu gewinnen suchen. Sie acceptirten mich darauf als ihren Kandidaten, denn sie hatten wohl das Bewußtsein, daß ein Abgeordneter sich von solchen Dingen fern halten soll. Ich begreife daher auch nicht, wie in dies Schriftstück, welches wohl vom Hrn. Ministerpräsidenten selbst nicht ausgefertigt sein mag (Heiterkeit). Graf Roon macht eine abweichende Bewegung mit der Hand, ein Passus aufgenommen werden konnte, der eine solche Insinuation gegen mich enthält. Was ferner den pikanten Zusatz betrifft, daß ich eine Unrichtigkeit gegen den Prinzen Biron habe zurücknehmen müssen, „weil ich nicht anders gekonnt hätte“, so halte ich die Wahrheit meiner Behauptung vollständig aufrecht: Prinz Biron habe sich Vortheile für eine Konzession zuwenden lassen. Auf den Wunsch des Prinzen, welcher sich rühmte, man könne aus meiner Bemerkung schließen, daß er auch Geld bekommen habe, und der die Sache schnell zur Sprache bringen wollte, habe ich neulich, als der Brief des Prinzen an den Präsidenten zur Verlesung gelangte, ausdrücklich erklärt, daß ich mir das Weitere vorbehalte. Damit kein Schatten auf meiner Glaubhaftigkeit haste, will ich die Sache nunmehr vorweg erledigen. Es ist richtig, daß der Prinz Biron kein Geld erhalten hat, aber eine Abfindung war ihm in Höhe von 100,000 Thlrn. in Stammaktien zugesichert, und er hat sie nur nicht erhalten. (Stürmische Heiterkeit.) Wir liegt jeder Angriff auf eine Person in dieser Frage vollständig fern; ich habe lediglich das Interesse des Landes dabei im Auge. Obgleich ich doch sonst nicht selten spreche (Heiterkeit) so habe ich in Eisenbahnangelegenheiten doch niemals das Wort genommen. Wenn aber in Lande die schlimmsten Dinge hierüber kolportirt werden, so ist es an der Zeit, dem Lande klar zu machen, wie es eigentlich mit der Eisenbahnverwaltung zugeht. Ich habe mich vor jeder Einmischung in Eisenbahnangelegenheiten gewahrt, weil ich überall Koalitionen befürchtete. — Schließlich aber bin ich mit meinen Freunden darüber einig geworden, daß die humoristisch-familiäre Behandlung der Eisenbahnangelegenheiten, die bisher üblich war,

während die Anklagen durch das Land fliegen (Sehr richtig!) nicht länger fortgesetzt werden könnte, wenn nicht ein falsches Licht entworfen sollte. Da der Herr Handelsminister Thatsachen und Namen verlangte, so trat ich nun mit meinen Bemerkungen über gewisse Personen hervor.

Was nun speziell den Fall Wagener anbetrifft, so ist mir die betreffende Mittheilung zum Zwecke der Benutzung und mit feiner Verantwortlichkeit von einem Mitgliede dieses Hauses, nicht von der Linken, sondern von einem Parteigenossen des Herrn Wagener gemacht, der aus derselben Provinz ist, um welche sich diese Bahnbauten drehen. Ein anderer Abgeordneter hat mir unter schriftlicher Bescheinigung seiner Privatverantwortlichkeit ebenfalls mitgetheilt, daß Herr Wagener eine Geldabfindung erhalten hat. (Hört, hört!) Mit dieser Mittheilung würde ich nach den gewöhnlichen Regeln des Anstandes meine Pflicht erfüllt haben, ich bleibe indes bei diesem formalen Punkt nicht stehen. Von dem Tage an, wo ich auf Grund jener glaubhaften Mittheilungen Personen hier genannt, habe ich vierzehn der allerstimmtesten Tage meines Lebens zugebracht, weil ich fortwährend darauf bedacht sein mußte, Material für die heutige Sitzung zusammenzubringen, um Ihnen durchaus Glaubhaftes mitzutheilen, so daß darauf hin eine Untersuchung veranlaßt werden muß. Nach meiner Erklärung in diesem Hause ist ein Bericht der Nordd. Allg. Bzg. erschienen, von dem ich erst durch meine Zeitung Kenntniß erhielt und den ich schon des groben Tones wegen nicht für offiziell halten konnte. (Heiterkeit.) Ich habe die Feder des Herrn Wagener daran erkannt; es wird mir aber zur großen Freude gereichen, den Herrn Geh. Rath Wagener völlig zu trennen von den Mitgliedern des Ministeriums und namentlich von den erlauchten Trägern zweier Namen, mit denen er in Verbindung steht. — In dem offiziellen Blatt wurde bemerkt, daß der Verkauf der Konzession ohne Genehmigung nicht stattfinden könne. Ich habe indes nur gesagt, Hr. Wagener habe eine Geldabfindung dafür erhalten. Ich halte diese Behauptung auch völlig aufrecht, und sie ist eigentlich schon in der Zuschrift des Herrn Ministerpräsidenten bestätigt, und er würde mir zugestimmt haben, wenn er die volle Bedeutung dieser Worte verstanden hätte. (Große Heiterkeit.) Der Hr. Geh. Rath Wagener hat also in seiner offiziellen Zuschrift an die Nordd. Allg. Bzg. gegen die gar nicht aufgestellte Behauptung protestirt, daß er die Konzessionen für baare Geld verkauft habe. Ich werde zuerst eine kurze Schilderung entwerfen, wie sich Hr. Wagener mit den zwei Teilnehmern der betreffenden Aktiengesellschaft, den Herren Schuster und Ober, benommen hat. Die Herren Ober, Wagener und Schuster hatten also eine Aktiengesellschaft gebildet, und hatten sich in dem Statut, daß trotz seiner Dunkelheit von der Staatsregierung bestätigt worden ist, für Mitglieder des Verwaltungsrathes und der Direktion der Eisenbahn erklärt — bis auf zwei Jahre nach vollendetem Bau. Es war darin zugleich ausgesprochen, daß Alle, welche mit Zeichnungen beitreten, sich diesem Statut unterwerfen. Dies Statut wurde am 3. Juli 1870 genehmigt, drei oder vier Tage ehe das bereits publicirte Gesetz über die Aktiengesellschaften in Kraft trat. Noch vor Thoreschluß wurde das Unternehmen konzessionirt, in dessen Statut die durch das neue Gesetz ausdrücklich verbotene Bestimmung sich befand, daß die Gründer berechtigt seien, sich von der ersten Generalversammlung einen Vortheil bewilligen zu lassen — dessenungeachtet war die Konzession erteilt worden. Als nun die Herren Wagener und Genossen die Konzession in Händen hatten und so Herren des ganzen Materials waren, suchten sie am 28. Juli 1870 beim Handelsrichter die Eintragung ins Handelsregister nach, da sie nunmehr dem neuen Gesetz sich unterwerfen mußten. Das Stadtgericht wies aber die Eintragung zurück, da das Statut nach dem neuen Gesetz regulirt werden müsse. Die Zeichnungen müßten nachgewiesen, ein Aufsichtsrath gewählt werden. Auf erhobene Beschwerde bestätigte das Kammergericht die Zurückweisung. Herr Wagener wendete sich darauf an den Justizminister, der ihm schrieb, daß er in der Sache nichts mehr thun könne. Der Handelsminister — gefälliger als jener — (Heiterkeit), an den sich Wagener nun wandte, meinte, die Eintragung sei nicht nothwendig. Ein solches Reskript gehört meiner Ansicht nach in den Papierkorb. (Sehr richtig!) Das Kammergericht, wiederholt zum Vericht aufgefordert, bestätigte wiederum das erste Erkenntnis und die drei Herren konnten, trotz des schon angelegten Planes, nicht zur Eintragung gelangen. Sie beriefen nun zum 29. Dezember 1870 eine Generalversammlung zu dem Zweck, um Alles zu erfüllen, was der Handelsminister wollte, nämlich 1) eine völlig neue Aktiengesellschaft zu bilden und das Statut umzuarbeiten, 2) aus dem Statut die Remuneration für die Gründer zu entfernen, endlich einen Aufsichtsrath zu wählen, damit dieser in das Handelsregister eingetragen werden konnte. Dies geschah folgendermaßen: Die drei Herren ließen sich vorweg 40,000 Thlr. von der Generalversammlung bewilligen, und dann ließen sie die betreffende Stelle aus dem Statut streichen. (Hört, hört!) Im Februar wurden darauf die abgeänderten Statuten dem Handelsrichter präsentiert. Der Handelsrichter wies wiederholt die Eintragung zurück, da die Gesellschaft gar nicht in der Lage sei eine neue Gesellschaft zu gründen. Eine beim Kammergericht eingereichte Beschwerde nahmen die Herren zurück, weil inzwischen ein neuer Handelsrichter bestellt war, der auf Grund jenes Reskriptes des Handelsministers sich bewegen ließ, die alte Gesellschaft einzutragen. (Hört, hört!) Eine Generalversammlung wurde einberufen und Herr Wagener nochmals jene 40,000 Thlr. bewilligt.

Nedner unterwirft ferner das System Stroußberg einer scharfen Kritik, welches mit der ostpreussischen Südbahn anfangs und mit Rumänien aufhöre. Er geißelt in vollkommener Weise die verderblichen Folgen dieses Systems, das eine grenzenlose Demoralisation in die Eisenbahnverwaltung hineingetragen und unfähiges Unglück heraufbeschworen hat. Leider stehe es in Verbindung mit glänzenden Namen der preussischen Aristokratie. Stroußberg habe es verstanden, Personen vom höchsten Adel vor seinen Wagen zu spannen und auf diese Weise für seine schlechte Sache sich in Rumänien und Deutschland Kredit zu verschaffen. Die Regierung habe sich in sofern eine Mitschuld aufgebürdet, als sie von der Mitschuld an der Umgehung der Gesetze nicht freizusprechen sei. Nedner konstatiert indes am Schluß seiner dreistündigen Rede, in welcher er einen Antrag auf Ernennung einer Kommission zur Untersuchung der Thatsache ankündigt, die von stürmischen andauerndem Beifall auf allen Seiten des Hauses aufgenommen wird, daß außer den genannten Personen den Staatsbeamten nur der Bormurf gemacht werden könne, daß sie der Leitung der Geschäfte nicht gewachsen seien, daß sie hingetaumelt seien in ihr Verderben.

rede Lassers gegen die Corruption der Preussischen Eisenbahnverwaltung im Besonderen und den bis in die höchsten Kreise hinauf, insbesondere auch unter dem Beamtenstand grassirenden Grundsatzschwindel. Eine Antwort auf diese niederschmetternde Anklage erfolgte nicht. Ministerpräsident Noon, der wie niedergedonnert dagestanden hatte, stotterte nur einige verlegene Phrasen hervor. „Es hätte nicht leicht ein widerwärtigeres Thema von ihm angehört werden können“; — „er habe viel Neues erfahren“; — „wenn er die Thatsache so gekannt hätte, so würde er den Brief an den Präsidenten des Hauses nicht geschrieben, jedenfalls ihn anders abgefaßt haben“; — „die Regierung wolle nicht, eben so wenig, wie irgend ein Patriot in diesem Hause, daß unser Preussisches Beamtenenthum korrumpirt werde (!) oder im Ausland korrumpirt erscheine (!)“ u. s. w. Dann kam er sich in seiner Verzweiflung an das ächt Lassersche Wort, daß die Anklagen sich nicht gegen den Beamtenstand „im Großen und Ganzen“ richteten, und erklärte schließlich, Wagener nicht verurtheilen zu können, ohne ihn gehört zu haben, — was dem Hrn. Ministerpräsidenten von Niemand zugemutet worden war.

Hatte Graf Noon schon das Bild der verdübeltesten Hülfslosigkeit dargeboten, so machte sein, ihm auf der Rednerbühne folgender College, Graf Igenplig, vollends einen kläglichen Eindruck. In der diesem Vertreter des Intelligenzstandes eigenen gewählten Sprache wimmerte der Hr. Handelsminister: „Es wird schwer sein, auf alle Punkte einzugehen, indessen auf einige Punkte sofort zu antworten bin ich mir und dem Haus schuldig. Ich will mit der allerletzten Ausführung (!) beginnen, wo es heißt (!) „der Hr. Minister möchte wohl gern die Eisenbahn haben“. (Große Unruhe. Oh.) Lassen Sie mich ausreden, meine Herren! Ich ersuche Sie, sich an der Börse zu erkundigen, ob ich irgend eine (!) besitze, weder die Görtzger, noch irgend eine andere. Wir hat einmal ein Mann\*\*), der an der Börse sehr genau bekannt ist, gesagt, er wüßte sehr genau, welche Minister Aktien hätten und welche nicht. Das ist aber nur beiläufig. (Unruhe.) Es ist mir nun wegen der Wagener'schen Angelegenheit der Bormurf gemacht worden, ich hätte gegen das Bundesgesetz die neue Konzession erteilt, ich behaupte aber, das Gesetz war noch gar nicht in Gültigkeit. (Widerpruch.) Und damit hängt auch zusammen, was ich vorher gesagt habe, nach dem früheren Gesetze war das (!) richtig, daß die Eintragung nicht nöthig war; ich glaube nicht, daß sich dies anders herausstellen wird. Was nun mein Verfahren im Allgemeinen betrifft, so ist das sehr einfach. (!) Ich will es Ihnen ganz klar (!) vorlegen, daraus wird sich ergeben, daß im Land sehr Viele mit mir unzufrieden sein müssen, die Zufriedenen, die schweigen still, Diejenigen, die zufrieden sein könnten, verlangen aber noch mehr“ u. s. w. In diesem Stil stottert nun der Minister von der traurigen Gestalt unverständlicher Sätze oder Satzfragmente — denn nicht Ein grammatikalisch richtig, gebildeter Satz findet sich in seiner ganzen „Rede“ — bis er sich zuletzt zu folgendem Passus versteigt: „Alle Umstände, die sonst noch vorgehen zwischen den Herren (den Konzessionären, welchen der Hr. Handelsminister gefällig gewesen ist), Geldgeschäfte u. s. w. gehen mich gar nichts an; davon kann ich gar nichts wissen. Ich verlange nur: befehlt mir die Caution in der und der Zeit, wollt Ihr dann die Konzessionsbedingungen nicht erfüllen, so ziehe ich die Caution ein; baut Ihr, dann gut! Wenn also Dinge passiren, die nicht in der Ordnung sind, so bin ich dafür nicht verantwortlich, dazu fehlt mir die Macht des Gesetzes (!). Daß ich da (wo?) nicht bis aufs Aeußerste gehen kann, liegt in der Natur der Sache (welcher?). Ich kann den Vermögensnachweis von Jedem nicht verlangen, der Aktien gezeichnet hat, das würde zu weit führen (!) und die Zeichner vom Unternehmen zurückzureden (er meint: die Unternehmer vom Zeichen) — summa summarum (!): ich habe es Ihnen schon oft gesagt, am besten wäre es, wenn der Staat die Hauptbahnen baute, und die Nebenbahnen die Provinzen.“ — Genug. Ueberlassen wir den Hrn. Handelsminister seinen Gefühlen und den Bormürfen seiner so unbarmherzig, wenn auch unabsichtlich von ihm bloßgestellten Collegen. Wenn der Staat dieser Herren die Bahnen baute, dann wäre freilich der Bod zum Gärtner gesetzt; und wir würden das Liedchen, welches im 16. Jahrhundert in der Mark ankam, wieder zu singen haben — die famosen Mittelreime:

„Vor den Köde-rigen, Igenpligen,  
Lade-wigen, Dammewigen,  
Wog der Himmel uns beschützet!“

Am folgenden Tag benutzte der Hr. Handelsminister den von Lassers eingebrachten Antrag, um einige u. e. grammatikalische und sonstige Schnitzer zu begeben und stotterte u. A. die Demunziation heraus: „Die Begeisterung für Stroußberg theilten sehr hohe Personen, und wer sich derselben (der Begeisterung für Stroußberg) enthielt, erschien als Sonderling.“

Unter den „sehr hohen Personen“, welche weiland dem Stroußbergthum huldigten, figurirte — höher zu gehn, wäre bedenklich — bekanntlich in erster Linie Graf Bismarck; und es sei hier sofort weiter konstatiert, daß die ganze Deutsche Presse, die demokratischen Zeitungen ausgenommen, vor diesem notorischen Betrüger anbetend auf dem Bauch lag, die infamsten Reklamen für ihn veröffentlichte — Keil's „Gartenlaube“ nahm ihn feierlich in die Tafelrunde ihrer Rationalhelden auf! — und dadurch tausende von Leichtgläubigen in die Netze dieses Banerfängers trieb, von dem sie natürlich gerupft, wo nicht gänzlich zu Grund gerichtet wurden. Wir nannten Stroußberg einen „damals schon notorischen Betrüger“ — abgesehen davon, daß jeder ehrliche und mit Finanzsachen einzigermaßen vertraute Mensch aus dem Treiben Stroußbergs selbst auf den ersten Blick die Ueberzeugung des schwindelhaften Charakters und der betrügerischen Absicht gewonnen mußte, war es bekannt und vom „Volkstaate“ wiederholt veröffentlicht worden, daß Stroußberg, ehe er seine denkwürdige deutsche Carriere begann, in London den Held eines Scandalprozesses gebildet hatte, dessen, seiner Zeit von allen Londoner Blättern veröffentlichte Verhandlungen ihn als Lump in jeder Beziehung erscheinen ließen. — Graf Bismarck glänzte in der Freitagssitzung durch seine Abwesenheit; wie er bereits Tags zuvor in dem Ministerrath, welcher den von Noon verlesenen Brief be-rathen und festgestellt hatte, allein von allen Ministern nicht zugegen gewesen war. Dem Hrn. Grafen ist bei dem verhandelten Thema offenbar etwas unheimlich zu Muth. Von Seiten Freund Lassers darf er sich freilich der zärtlichsten Schonung versichert halten — aber gibt es nicht ein Sprichwort, welches besagt, daß der Pfeil, einmal abgeschossen, nicht mehr dem Schützen gehört? Könnten die Pfeile, die Lassers soeben abgeschossen, nicht durch die

Leiber, auf welche sie gezielt sind, hindurchfliegen und sich den Hintermännern in die Brust bohren?

Es ist wahr, mit fast komischer Aengstlichkeit hat Hr. Lassers die Tragweite seiner eigenen „Enthüllungen“ zu vermindern, und den „Preussischen Beamtenstand im Großen und Ganzen“, namentlich aber den Grafen Bismarck und den Grafen Noon als von diesen „Enthüllungen“ durchaus unberührt hinzustellen gesucht, indes das sind eben nur Redensarten, die bloß die Halbheit und Inkonsequenz des Redners bekunden. Wir haben schon früher auseinandergesetzt, daß wir es hier nicht mit vereinzeltten Handlungen zu thun haben, die gegen den Geist der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung verstoßen, sondern mit einem allgemeinen, mit Naturnothwendigkeit aus der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung herausgewachsenen Zustand. Wir haben im Französischen Empire genau die nämlichen Erscheinungen erlebt.

Hrn. Wagener aus dem System loslösen, wie das die Herren Nationaliberalen jetzt möchten, geht nicht. Wagener ist kein gewöhnlicher Beamter. Er ist einer der Gründer des Neuen Reichs. Seit Bismarck am Ruder, ist er dessen Ams damné?); von Wagener rührt das buchstäblich befolgte Programm der innern Politik Bismarcks her. In Wagener wird also nicht eine Person moralisch todtgeschlagen, sondern ein System, und zwar das System, welches die Hrn. Lassers und Compagnie für das Non plus ultra irdischer Vollkommenheit erklären. Natürlich hat Hr. Lassers diese Wirkung nicht beabsichtigt; gerade so wenig beabsichtigte Bismarck durch seine reaktionäre Junkerpolitik das legitimistische-monarchische Prinzip moralisch todtzuschlagen, in Frankreich die Republik zu erzeugen, und das alte Europa aus den Angeln zu heben. Speziell Fürst Bismarck kann von Wagener nicht getrennt werden. Abgesehen von dem politischen Band, das beide Männer ein volles Jahrzehnt lang umschlungen hat, herrscht gerade in Bezug auf finanzielle Fragen eine nicht wegzuleugnende Uebereinstimmung zwischen den Beiden. Nicht allein sieht es fest, daß Graf Bismarck um die Finanzoperationen seines spiritus familiaris wußte; es fehlt auch nicht an Anhaltspunkten dafür, daß Fürst Bismarck sich im praktischen Leben von ähnlichen Grundzügen leiten läßt. In allen Preussischen Zeitungen — mit Ausnahme der offiziellen und offiziellen — war vor einigen Jahren zu lesen, daß Fürst Bismarck in Barzin eine große Papierfabrik angelegt hat, deren Produkt er an den Preussischen Staat (für die Telegraphenbureau's) verkauft — so daß also der Papier-Fabrikant Bismarck mit dem Staatskanzler Bismarck Geschäft macht, wobei selbstverständlich der Papierfabrikant nicht schlecht wegkommt. Ein Dementi ist niemals erfolgt.

Ferner zirkuliren in Berlin Gerüchte über allerlei Finanzoperationen, die Bankier Bleichröder für Graf Bismarck beforcht, der ihm durch Uebertragung des Arrangements der Französischen Milliardenschuld Dienste geleistet hat, die unter Brüdern Millionen werth sind.

Des Weiteren munkelt man Verschiedenes über die Erlanger'schen Schwindelmillionen, die vor Kurzem durch den Grafen Bismarck dem Bey von Tunis abgekauft wurden.

Und nun nehme man das furchtbar kompromittirende Wort, das am Freitag dem armen Igenplig entfuhr:

„Mir hat einmal ein Mann, der an der Börse sehr genau bekannt ist, gesagt: er wüßte, welche Minister Aktien hätten und welche nicht.“

Wir wollen wissen, wer die sauberen Minister sind! Heraus mit den Namen. Wer Hindernisse in den Weg legt, stempelt sich zum Mitschuldigen!

Noch Eins: Den Grafen Noon halten wir allerdings an den von Lassers aufgedeckten Scandalen unschuldig, das heißt direkt. Indirekt trifft jedoch auch ihn die Solidarität. Hat Hr. Noon nicht die Dotation angenommen? Und, welcher Unterschied ist im Grunde zwischen der Annahme einer „Dotation“ und der Annahme einer „Provision“?

Ist es „moralischer“, sich ein paar mal Hunderttausend (oder gleich Bismarck ein paar Millionen) Thaler für eine politische „Gründung“ bezahlen zu lassen, als ein paar mal Hunderttausend (oder gleich Stroußberg ein paar Millionen) Thaler für Eisenbahn-Gründungen in die Tasche zu stecken? Daß der Krieg „moralisch“ sei, hat ein paar tollgemordene Deutsche Professoren abgerechnet, noch kein Mensch zu behaupten gewagt —; und der Umstand, daß an jedem Thaler der Dotationen ein zerstörtes Menschenleben und eine vernichtete Existenz lebt, spricht wohl kaum zu Gunsten der „Dotation“ gegenüber der gemeinen „Provision“ des politischen Gründers. Sie liefert den Beweis, daß diejenigen, welche sie geben und annehmen, die Politik als ein Geschäft, eine Geldspeculation betrachten. Und wenn die Leiter des Staats aus dem politischen Gründershum ein Geschäft machen, kann man es untergeordneten Beamten nicht verargen, daß sie auf dem ihnen zugänglichen Gebiet des gewöhnlichen Gründershum's diesem Beispiel nachfolgen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ — das Leiborgan des Grafen Bismarck — begreift dies, und forbert deshalb in ihrem Leitartikel über die Lassersche Rede die Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit, damit das fatale Thema hübsch todtgeschwiegen werde. Das dürfte jedoch kaum mehr möglich sein; zwar müssen wir vorläufig darauf verzichten, die ganze Wahrheit zu erfahren, indes wird unzweifelhaft noch ein beträchtlicher Theil der Wahrheit an das Licht gezogen werden. Schon der rachsüchtige Charakter Wagener's ist eine Garantie hierfür. Die Seele des Bismarck'schen Cabinets und der vortragende Rath des König-Kaisers wird dafür sorgen, daß er in Gesellschaft fällt, und „guter“.

Ehe wir für heute diesen schmutzigen Gegenstand verlassen, noch Eins: wie unsern Lesern bekannt, zirkulirt in Berlin eine Liste mit 49 dem Abgeordnetenhaus und Reichstag angehörigen Gründern. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Hrn. Biedermann druckt diese Liste ab, und fügt am Schluß die Bemerkung bei: „Nun, wenigstens sind alle Parteien theilhaftig!“ (D. A. Z. vom 9. v. M.) Das heißt, den Biedermann'schen Gedanken ausgebeutet und angezogen: „Nicht in unserer Partei allein grassirt das Lumpenthum, es grassirt in allen Parteien“ — der herrschenden Klassen, fügen wir bei. Sela. —

Aus Spanien kommt die Nachricht von einem ganz neuen Strike: König Gottlieb hat die Entdeckung gemacht, daß die Königsein heutzutage ein schlechtes Geschäft ist, und seinen Ministern erklärt: die Arbeit einstellen zu wollen. Jedenfalls ist es besser: die Arbeit freiwillig einstellen, als von Anderen im Zwang das Handwerk gelegt bekommen; und Letzteres wird Freund Gottlieb, wenn er aus Fortregieren denken sollte, unzweifelhaft demnächst bevorzugen. Der Aufruf nimmt fortwährend

## Politische Uebersicht.

\*) Aus dem Reich der „Gottesfurcht und frommen Sitte.“ Vorsehend findet der Leser die Grundzüge der zweiten Anklage-

\*) Wir zitiren hier wörtlich nach dem Bericht der „Norddeutschen Allg. Zeitung.“

\*\*) Der hieß Sim Bam?

\*) Eigentlich: Die verdammte Seele; geistiges Faktotum, ergebenes Creatur.

\*\*) Hausgeist, Rathgebers.

zu, die Postverbindungen zwischen Madrid und den Provinzen sind seit Wochen unterbrochen, und, salviert Gottlieb sich nicht bei Zeiten, so könnte es ihm leicht geschehen, daß er eines schönen Morgens von seinen eigenen Soldaten aus dem Bett geholt und — der Rest ist Schweigen. —

Nach einem Londoner Telegramm vom Montag hätte ein „beträchtlicher Theil“ der Grubenarbeiter von Südwales das Doppelschichtsystem an- und die Arbeit wieder aufgenommen, und stünde in kürzester Zeit die gänzliche Beendigung des Streites oder Lockouts in Aussicht. In den uns vorliegenden Englischen Zeitungen finden wir nichts, was auf einen solchen Ausgang hindeutete; im Gegenteil, die positivsten Versicherungen, daß Seitens der Arbeiter so keine Unterwerfung gedacht wurde. Das binnen 2 Tagen ein so vollständiger Umschwung sich vollzogen haben sollte, das können wir nicht glauben. Vermuthlich haben wir es mit einer Tendenzlüge zu thun, deren einziges Körnchen von Wahrheit darin besteht, daß ein paar Feiglinge — wie es deren sehr und überall gibt — sich bereit erklärt haben, den Nacken unter dem Fuß des übermüthigen Kapitals zu beugen. Daß unter den Eisenarbeitern, die keine Gewerkschaft haben und folglich jetzt ohne bestimmte Subsistenzquelle sind, Manche die Wiederaufnahme der Arbeit wünscht, ist eine längst bekannte Thatsache; allein eine andere, ebenso positive Thatsache ist, daß die Kohlenarbeiter, ohne welche die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden kann, sehr gut organisiert sind, eine gefüllte Kasse haben, und noch am Souverän den Sieg für sich hielten.

Die fromme „Concordia“ in Berlin erhebt sich über den Neuen Sozial-Demokrat, weil dieser indirekt erklärt hatte, der jüngst vom Altonaer Gericht verurtheilte Brandstifter, welcher die Berechtigung seiner Handlungsweise vom „Sozialismus“ ableiten wollte, habe vom „Sozialismus“ gar keine Idee gehabt. Die „Concordia“ nennt diese Deduktion eine „Frechheit“, die „man selbst bei diesem Blatt nicht für möglich halten sollte.“ In Wirklichkeit aber war jener Artikel des „Neuen Sozialdemokrat“ der verurtheilte, den dieser seit Wochen enthalten hatte. Es hieß da: „Eine merkwürdige Gerichtsverhandlung fand dieser Tage in Altona statt, aus welcher sich ergibt, wie die heutigen Verhältnisse den Arbeiter zur Desperation treiben und bewirken, daß er Raubthaten und Lynchjustiz irrländischer Pächter oder verzeuflerter Sklaven zum Muster seiner Handlungen macht. Da die Feinde der Sozialdemokraten wahrscheinlich sich beeilen werden, ob dieser Verhandlung Zeter zu schreien und die Sozialisten aller möglichen Verbrechen zu beschuldigen, so bemerken wir zum Voraus, daß, wenn ein phantastischer Arbeiter sich zu Gewaltthaten hinreißen läßt, anstatt die geschichtliche Entwicklung der Gesellschaft abzuwarten, dies — gleich den Attentaten auf Wachtelher — lediglich ein Zeugniß der verderbten Gesellschaftszustände ist, deren Scheußlichkeit dem Betreffenden die ruhige besonnene Ueberlegung geraubt und ihn unzurechnungsfähig für seine Thaten gemacht hat.“ Das heißt doch wahrlich nicht, „einen sozialdemokratischen Brandstifter in Schutz zu nehmen.“ Psychologisch ist es auch ganz natürlich, daß Brandstifter weit eher geistesverwirrt und unzurechnungsfähig sind, als Diebe, Betrüger, Räuber u. s. w., d. h. solche Verbrecher, die von ihrer That einen direkten materiellen Gewinn für sich erwarten.

### Gewerkschaftliches.

#### Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Dresden, 5. Februar. Als vor 3 1/2 Jahren die Gewerkschaft gegründet ward, war es nur ein kleines braves Häuflein, welches zu der Erkenntniß gelangt war, daß in einer Zeit, wo das privilegirte Geldproletariat aus dem Schweitztropfen des arbeitenden Volkes Geld schlägt, und mit dem Knochenmark armer Arbeiter ungehindert Handel treibt, wo die Schwindelproduktion und das Fabrikweien auch in unserm Geschäft immer mehr überhand nimmt und dadurch eine immer größere Anzahl frei geborener Mitbrüder zur ewigen Lohnsklaverei verdammt ist, daß in einer solchen Zeit etwas geschehen müsse, wodurch den Vampiren der menschlichen Gesellschaft ein Gegengewicht geschaffen werde. Viele und schwere Opfer mußte dieses Häuflein bringen, bevor die Station, auf welcher wir heute stehen, erreicht ward. Ein Theil unserer Kollegen ist bereits erwacht, die kleine muthige Freischaar hat Zugang erhalten. Aber immer noch ist es die weit größere Anzahl, welche die jammervolle eigene Lage zwar fühlt, gleichwohl in sträflicher Gleichgültigkeit keinen Fuß, keine Hand regt, das Werk vollenden zu helfen und sich anzuschließen. Noch ist die große Masse zu frieden, wenn sie bei ununterbrochen ansteigender Arbeit nur halbwegs den Hunger durch krastlose Erfrischung stillen kann; noch träumt sie von einem Paradies, welches nur in der Einbildung der Thoren existirt. Doch wir werden nicht aufhören, die geistigen Schläfer zu rütteln, bis sie endlich erwacht sind und das Elend erblicken, auf welches sie schlafend erbarmungslos von den Piraten der heutigen Gesellschaft ausgejagt sind, bis sie endlich die Augen öffnen und die Einöde schauen, welche dem armen Arbeiter für Gegenwart und Zukunft nur Elend und Verzweiflung bietet.

Schuhmacher! Vereits vor dem letzten „heiligen“ Krüge war der Entwurf zur Internationalen Gewerkschaftskrankenkasse fertig. Die Massenschlägerei hat auch aus unsern Reihen manches für Recht und Wahrheit schlagende Herz gerissen, und zur dämonischen Freude unser Gegner für dieselben unschädlich gemacht. Doch ob auch unsre Reihen gelichtet wurden, jetzt, nachdem wieder einmal ein „ewiger Friede“ geschlossen, geht es rüstig vorwärts. Es gilt, mit ernstem Willen die Gewerkschaftskrankenkasse in Wirkung zu bringen, um damit allen unseren schug- und mittellosen Kollegen Gelegenheit zu bieten, beizutreten. Leider sind uns schon mehrfach die gedanktlosen Aeußerungen zu Ohren gekommen: „Ja, gründet nur erst die Krankenkasse, dann treten wir bei.“ Kollegen, die Ihr also redet, könnt Ihr verlangen, daß die kleine Zahl, trotz des eigenen Kampfes ums tägliche Brod, bei allen Opfern, welche dieselbe an Zeit und Geld bereits für Euch gebracht hat und zu bringen bereit ist, könnt Ihr verlangen, daß diese Wenigen auch noch aus eigenen Mitteln eine Kasse füllen, aus welcher Ihr, wenn sie gestiftet ist, dann in aller Gemüthsruhe Eure Unterstüzung nehmen könnt? Seid Ihr bei solchem Verlangen nicht noch schärferen Ausbeuter gegen die eigenen Brüder, als es die privilegierten „Staatsreiter“ sind? Ueberlegt Euch das genau, und Ihr werdet Euch sagen, daß nicht einige Wenige, sondern daß Ihr Alle dazu gehört und verpflichtet seid, dieses gemeinnützige Institut ins Leben rufen zu helfen. Vereits in Nr. 90 des „Vollstaats“ vor. 3. theilten wir mit, daß die Krankenkasse Gegenstand der Tagesordnung zur nächsten Generalversammlung sein wird, und wir fordern denn hiermit die Bevollmächtigten aller Mitgliedschaften an, innerhalb der nächsten 14 Tage Versammlungen abzuhalten, diesen Punkt zu debattiren, die Zahl der zur Krankenkasse tretenden Mitglieder festzustellen und uns bis spätestens zum

1. März die Mitgliederzahl zur Krankenkasse einzuschicken. Die Kollegen anderer Orte, wo zur Zeit noch keine Genossenschaft besteht, mögen hiervon Notiz nehmen und innerhalb der genannten Zeit ebenfalls ihre Beitrittserklärung unter nachfolgender Adresse franko einschicken. Je zahlreicher, desto besser.

Für die Verwaltung: Heinrich Bilger, Reithbahnstr. Nr. 5.  
Alle Arbeiterblätter sind um Ausnahme des Obigen gebeten.

#### Verein der deutschen Steinmetzen.

Berlin. Infolge eines dem Ausschuss zugegangenen Berichtes aus Halle a. d. S. herrscht in unserer dortigen Mitgliedschaft die größte Aufregung, veranlaßt durch einen Vortrag des Hrn. Waldow (Berlin) am 20. v. M., resp. dessen Agitation zum Beitritt der Hallenser Kollegen in den Verband der deutschen Gewerksvereine. Infolge dessen fand sich der Vorort-Ausschuss veranlaßt, Hrn. Zabel dorthin zu senden, um die Mißverhältnisse zu beseitigen und gleichzeitig die Reife nach Bernburg und Nebra anzudeuten. In der nun am 26. v. M. abgehaltenen Versammlung entkräftete Zabel die von Waldow hervorgerufenen Mißverhältnisse sowie die Angriffe auf die Leiter unseres Vereins, und wurden von der Versammlung dahin erkannt, daß sie in der Agitation Waldow's einen Versuch erblickte, unsere Organisation zu zersplittern, sowie Unfrieden und Mißtrauen hervorzuheben, und daß wir jederzeit bereit sein werden, allen deutschen Arbeitern brüderlich die Hand zu reichen, und so der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen die Spitze zu bieten, aber derartige Einmischungen in unsere für und allein geltende Organisation auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Herr Köpcke legte sein Amt als Bevollmächtigter nieder und wurde an seine Stelle Hr. Louis Schwendler gewählt.

In der Tags darauf von Zabel in Bernburg abgehaltenen Versammlung gelang es auch die dortigen Verhältnisse klar zu stellen, und namentlich darauf hinzuwirken, daß geeignete Maßregeln getroffen werden, um die Arbeitszeit inne zu halten, die von den Meistern nach dieser Seite hin gemachten Versprechungen auf Lohnzulage bei längerer Arbeitszeit zu realisiren und dem Verbot des Beitritts zum Verein u. wirksam entgegenzutreten zu können. Wenn in Betracht gezogen wird, daß der Maurer 9 Thlr. Lohn per Woche erhält, was thatsächlich den dortigen Lebensbedürfnissen angemessen, so ist es jedenfalls für die Steinmetzmeister charakterisirend, unsern Kollegen 8 Thlr. zu bieten; und dazu kommt, daß der Maurer durchschnittlich gegen den Steinmetz 25 Jahre älter wird. Was fragen aber wohl unsere Arbeitgeber danach. Sie wissen, daß sie ein rentables Geschäft haben, die Arbeiter mögen sehen, wie sie fortkommen.

Von Nebra kann konstatiert werden, daß die dortigen Kollegen jetzt alle sich um unsere Fahne geschart haben und ein tüchtiger Geist dort wehet. Es ist auch der Versuch von Seiten der Meister gemacht, durch Errichtung eines Einigungsamtes schwebende Differenzen zu erledigen, und ist dasselbe genau nach dem Entwurf des Dr. M. Hirsch gebildet; besteht aus 5 Arbeitgebern und 5 Arbeitnehmern, und als Sekretär einem Unparteiischen. Nur ist nicht ersichtlich, ob dieser Herr die ausschlagende Stimme haben soll. Es ließe sich über dies Einigungsamt besser gesagt Arbeiterverkaufsamt, da es die Arbeiter in ihrer Selbstständigkeit vollständig behindert und unter Umständen bedingungslos dem Kapital überliefert mehr sprechen, weil wir aber die Ueberzeugung haben, daß dergleichen Institutionen in unserer Organisation nicht eingeführt werden, so wollen wir augenblicklich den Nebraer Arbeitgebern mit ihrem Spielzeug nicht auf den Leib rücken, weil wir noch keine Lust dazu verspüren. Aber konstatiren können wir, daß der Versöhnungsschwindel sein Ende bald erreicht haben wird. Auch hat die Arbeiterschaft in Nebra eine Kasse (unter Androhung des Arbeitsauschlusses) ins Leben gerufen, wonach jedem im Steinbruch beschäftigten Arbeiter pro Mann und Woche 1 Sgr. vom Lohn abgezogen wird, zu der von diesen Herren gegründeten Haftpflichtkasse. Zabel's glaubwürdigem Berichte nach werden auch die Lehrburschen mit hineingezogen. Es ist doch wahrhaftig genug, wenn sich unsere Kollegen durch Beitritt in verschiedenen Krankenkassen schon auf längere Dauer ein auskömmliches Krankengeld sichern, daß sie aber auch den Meistern die Kassen füllen sollen, das ist denn doch zu stark. Auf keinen Fall (laut Haftpflichtgesetz) dürfen die Arbeiter zum Beitritt solcher Kassen gezwungen werden, und ein Zwang ist es, wenn im Weigerungsfalle mit Entlassung gedroht und die Namensunterschrift verlangt wird. Wir werden unseren so schon bedrängten Kollegen zur Seite stehen. Gegenwärtig werden die Schachtmeister an der zu bauenden Luftstrubahn von den Herren bearbeitet, um keinen unserer Kollegen in Arbeit zu nehmen.

Ferner können wir allen Kollegen mittheilen, daß gelegentlich der Versammlung am 19. Januar mit dem sog. zweiten Dreiverein eine Vereinigung stattgefunden hat und der Uebertritt desselben mit dem Kassen-Vermögen zur Thatsache geworden ist, wozugegen die Mitglieder dieselben Rechte genießen vom Tage des Beitritts an, soweit es das Statut erlaubt.

Ebenso können wir die freudige Mittheilung machen, daß sich infolge unserer erlassenen Anrufe bereits die Kollegen in Duisburg, Stettin und München zum Anschluß gemeldet haben, und in Lobersleben eine Mitgliedschaft von 37 Mann durch Köpcke gegründet worden ist.

Z. A. des Ausschusses:  
P. Rohn, Sekretär.

NB. Soeben trifft die Nachricht von Nebra ein, daß 3 Mann wegen Verweigerung des Beitritts zu der Haftpflicht-Groschenkasse gemahregelt sind. O, diese Harmonie! O, diese trefflichen Einigungsämter!

### Correspondenzen.

Leipzig, 7. Februar. Bekanntlich wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen des Artikels „Sozialdemagogisches“ in Nr. 96 des „Vollstaats“ vom v. 3. die Untersuchung auf Majestätsbeleidigung eingeleitet, und da der verantwortliche Redakteur Muth den betr. Artikel vor dem Druck weder gelesen noch in den Druck gegeben hatte, gegen diesen in Preßvergehen auf Majestätsbeleidigung die Anklage erhoben. Am 3. Februar fand in öffentlicher Sitzung unter Zuziehung von Schöffen die Hauptverhandlung statt. Als Ankläger fungirte Staatsanwalt Hoffmann hochverrathprozeßförmig Angehendens. Der Herr Staatsanwalt drückte zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß von allen Mitarbeitern am „Vollstaats“ die Mitwisserschaft an irgend einem inkriminirten Artikel hartnäckig geleugnet werden; die Artikel stögen doch nicht aus der Luft in den „Vollstaats“ hinein. Es sei immer die Entschuldigung Heppner's gewesen, daß der Zeitraum zwischen der Veröffentlichung eines Artikels und der Klageanstrengung ein viel zu großer sei, als daß er mit Bestimmtheit angeben könne, ob er oder ein Anderer diesen oder jenen Artikel zum Abdruck gegeben habe oder nicht.

Um jeder Ausrede vorzubeugen, habe er sich diesmal mit der Anklage beieit, allein wiederum ohne Resultat. Scharfsinnig, wie selten ein Staatsanwalt, folgerte Herr Hoffmann, daß nicht Muth, sondern ein anderer der Verfasser des inkriminirten Artikels sein müsse, da der Artikel lateinische Citate enthalte, der Angeklagte aber nur Elementarunterricht genossen habe. Da aber Muth den Verfasser nicht nenne, aus jeder Zeile des Artikels aber ersichtlich sei, den deutschen Kaiser des Vortritts zu bezichtigen, so stelle er den Antrag, gegen den Angeklagten in Anbetracht, daß derselbe schon zweimal in Preßvergehen wegen Majestätsbeleidigung bestraft sei, die §§ 20 und 22 des Strafgesetzbuchs in Anwendung zu bringen.

Muth seinerseits bestritt, daß der Artikel eine Majestätsbeleidigung enthalte und ersuchte den Gerichtshof namentlich zwei Punkte in's Auge zu fassen: Entweder ist es wahr, daß das Verprechen gehalten worden sei, dann liege in dem Artikel keine Beleidigung, da darin ausdrücklich davor gewarnt werde, die Erfüllung des Verprechens zu bezweifeln; oder es sei nicht wahr, und dann sei der Staatsanwalt der Majestätsbeleidiger, da er dem Artikel Dinge imputire, die darin gar nicht behauptet würden. Muth beantragte Freisprechung. Der Gerichtshof jedoch verurtheilte sie zu 80 Thlr. Geldstrafe, Tragung der Kosten und Veröffentlichung des Straferekenntnisses in der „Leipziger Zeitung.“ Muth meldete sofort die Nichtigkeitsbeschwerde an, weil nicht der Artikel, in dem etwas Strafbares nicht enthalten, sondern die Tendenz des „Vollstaats“ verurtheilt sei.

Leipzig, 31. Januar. Im „Braunschweiger Volksfreund“ finden wir ein Referat über eine Versammlung unserer dortigen Parteigenossen, in welchem die Gründung eines „demokratischen Wahlvereins“ auf Grund der ersten 9 Punkte der sogenannten „nächsten“ Forderungen des Eisenacher Programms stattgefunden hat. Der 10. Punkt ist bei Seite gesetzt. Mit einem solchen Vorgehen unserer Parteigenossen können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir bedauern, daß die Braunschweiger Parteigenossen neben der Parteiorganisation eine Organisation gründen, die nach dem angenommenen Programm durchaus auf anderem Boden steht, denn der gestrichene Punkt 10 ist von prinzipieller Wichtigkeit. Unserer Auffassung nach sind die Parteigenossen zu der Berichtigung auf prinzipielle Forderungen überhaupt nicht berechtigt, es dürfte also Aufgabe des nächsten Kongresses sein, diesen Fall zu entscheiden. Ist es den Parteigenossen gestattet, als sogenannten „praktischen“ oder „taktischen“ Gründen Grundzüge der Partei beliebig preiszugeben oder zu verfechten, dann hört die Partei am besten auf zu existiren.

Wir wissen recht wohl, daß man uns antwortet: „wir sind vor wie nach Parteigenossen, aber praktische Erwägungen veranlassen uns, momentan unsern Standpunkt abzusuchen.“ Allein wir tabeln eine solche Taktik, sie ist unserer Partei nicht würdig. Geseht den Fall, es würde auf Grund des Programms des Braunschweiger Wahlvereins ein Kandidat gewählt, der Parteigenosse ist, dieser dürfte, wenn er seinem Wahlprogramm gemäß handeln will, und als Ehrenmann soll er das, sich nicht den übrigen Parteigenossen im Reichstag, die auf Grund des Eisenacher Programms, also als Sozialdemokraten, gewählt sind, anschließen.

Aber nicht allein von prinzipiellen und moralischen Standpunkt aus ist dieses Vorgehen unserer Braunschweiger Genossen zu mißbilligen, auch vom sogenannten „praktischen“. Geseht, im Braunschweiger Bezirk würde Freund Brade aufgestellt. Nun, dieser ist als Sozialdemokrat so bekannt, nach Ansicht der Gegner „berüchtigt“, daß kein noch so zahm gehaltenes Programm seinen Standpunkt zu verweisen im Stande wäre. Die Hoffnung, die minder weitgehenden Kleinbauern und Kleinbürger damit zu fördern wäre, also eine eitle. Warum läßt man sich also überhaupt auf solche Manöver ein? Unsere Partei ist verpflichtet im Wahlkampf offen aufzutreten und wie dürfen nicht dadurch siegen, daß wir unsere hinlänglich gemäßigten Forderungen abschwächen, sondern indem wir den Wählern sagen: Jawohl das und wollen wir, aber wir wollen es so und so und aus den und den Gründen, Ihr seht, daß unsere Forderungen gerechtfertigt sind. Auf diese Weise gewinnen und überzeugen wir und unsere Parteigenossen setzen sich nicht der Gefahr aus, daß die Gegner sagen: Ihr seid auf minder weitgehenden Grundzügen gewählt als Ihr jetzt vertretet, Ihr habt Eure Wähler getäuscht.“

Hamburg, 10. Febr. Die Vorgänge im allgemeinen Deutschen Arbeiterverein berechtigen schon jetzt zu dem Schluß, daß an eine Versöhnung der Opposition mit dem Präsidium Hasenclever und mit der Redaktion des „Neuen Sozial-Demokrat“ nicht mehr zu denken ist. Nirgends kann die erwachte Opposition bedeutungsvoller sein, als gerade hier. Zwar steht derselben kein Organ zur Verfügung, allein sie sucht durch kleine Flugblätter ihre Anhänger hier und anderswärts von den wichtigsten Schritten zu unterrichten. Da weder die Opposition, noch die Anhänger der Berliner Führerschaft augenblicklich hier Versammlungen abhalten dürfen (die Polizei giebt als Grund die Schlägerei in der neulich erwähnten Versammlung an), so machen beide Theile aus der Noth eine Tugend und nehmen in Wirklichkeit die Mitgliedsbeiträge entgegen. Finden auf dem Hammerbrook oder in Hamm (nicht bei Hamburg) Versammlungen statt, einberufen von der dort dominirenden Opposition, dann erscheinen die Gesinnungstreuen der Berliner, meistens Maurer, um zu lärmen und zu „sprengen“, ein Bestreben, das seit vierzehn Tagen schon einige Mal geübt ist. Natürlich wächst dadurch die gegenseitige Erbitterung und es dürfte leider noch lange nicht der letzte Akt dieses Drama's zwischen Aufklärung und Fanatismus zur Aufführung gelangt sein. Wenn der Sieg zufällt, steht übrigens außer allem Zweifel.

Berlin, 12. Februar. Die Agitation am hiesigen Orte, hat in der letzten Zeit einen recht erfreulichen Aufschwung genommen. Die Zahl der definitiven Parteimitglieder vermehrt sich von Woche zu Woche, so daß die regelmäßigen Versammlungen immer überfüllt sind. Es stellt sich hierbei aber ein großer Mangel an geeigneten Versammlungsorten heraus. Die größeren Säle sind nur für schweres Geld zu haben und gelingt es wirklich ein Local zu bekommen, so muß man erwarten, daß noch am letzten Tage, dasselbe abbestellt wird. So ist es uns in den letzten vierzehn Tagen

\*) Dieser Artikel liegt seit nahezu 14 Tagen in unserm Redaktionspult, weil wir Unstund nahmen ihn abzurufen, namentlich als der „Neue Sozial-Demokrat“ unsere Braunschweiger Freunde in derselben Sache angriff. Der Verfasser beharrt jedoch auf der Veröffentlichung, weil diesantwort, welche der „Braunschweiger Volksfreund“ dem „Neuen“ gegeben, keineswegs die Einwendungen seines Artikels trifft. Es handelte sich, wie der Einsender ganz richtig sagt, darum, festzustellen, ob die Parteigenossen eines Ortes das Recht hätten, willkürlich das Parteiprogramm zu verfechten. Erlaube ich der Einsender die Bitte, die 9 Punkte des 10 zu accipiren, dann könnten Andere das auch mit 8, 7, 6 u. s. w. thun. Das Eisenacher Programm ohne Punkt 10 sei kein sozialistisches mehr, es könne ohne diesen von jedem bürgerlichen Demokraten angenommen werden. Pflicht eines jeden Parteigenossen sei es, einem solchen Attentat entgegenzutreten.

zweimal gegangen. Den Wirth des Pavillon-Theaters, wo das von uns arrangirte Arbeiterfest stattfinden sollte, erklärte: nachdem schon in der vorigen Nummer des „Volkstaat“ die Anzeige gestanden hat, „die Polizei gab die Genehmigung zu diesem Feste nicht“. Was ist zu machen! Wir werden uns trotz aller Hindernisse nicht abhalten lassen, auf jede mögliche Weise für die Verbreitung des Prinzips thätig zu sein. Das Fest findet doch statt, wer schon ein Billet hat, hebe es auf, es behält Gültigkeit. Zum Schluß noch die curiose Mittheilung, daß schon mancher Lokalbesitzer mit Mißtrauen uns aufgenommen; nach stattgehabter Versammlung aber die Erklärung abgab: Er habe gar nicht geglaubt, daß Sozialdemokraten so ernst und ruhig tagen könnten.

Darum Parteigenossen aller Orts „muthig vorwärts!“

**Spandan, 12. Januar.** Die hiesigen Schuhmachergesellen richteten Anfang d. M., veranlaßt durch die Steigerung aller Bedürfnisse, überlange Arbeitszeit und zu niedrige Arbeitslöhne, ein Gesuch um 25 Prozent Lohnerhöhung an die Innung zu Händen des Altmeisters, worauf ungehörige folgende Erwiderung einging: „Auf Ihr gebrühtes Schreiben erwidere ich Ihnen, daß ich nicht in der Lage bin, meine Herren Kollegen zu zwingen, den geforderten Lohn zu zahlen; ebensowenig wie ich die Herren Gesellen anhalten kann, für einen bestimmten Lohn zu arbeiten. So schlecht Sie Ihren jetzigen Stand schildern, sieht es meiner Ueberzeugung nach nicht, denn wer fleißig arbeitet, verdient immer noch einen Heidenlohn (von 3 Thaler die Woche), um anständig sich kleiden und leben zu können. In der Regel sind es aber „faule“ Arbeiter, die sich über ihren Stand beklagen. (Darauf sind die sich beklagenden Meister auch faul zu nennen.) Wenn die Gesellen, nachdem sie am Sonntag ihren Lohn erhalten, schwuchten, bis der letzte Groschen verpraßt ist. (Vergißt denn die hochweise Meisterschaft ihre Jugendjahre ganz? — Ueberhaupt, lebt der Mensch nur, um zu arbeiten, oder arbeitet er, um als Mensch zu leben?) Weiter faheln die Herren über die lange Arbeitszeit; daß eine Stunde frische Luft schöpfen kein Meister etwas dagegen haben wird. (Die patriarchalischen Zustände haben bereits aufgehört. Arbeiten, nur arbeiten ist jetzt die Lösung.) Einige Groschen Lohn sind bereits zugelegt nach dem letzten Strike. Außerdem ist es ja jedem Gesellen freigestellt, einen höheren Lohn zu fordern. (Nach dem Muster des neu aufgestellten Preis-Courants etwa?). d. h. wenn er sich einbildet, mit seinem Lohne nicht bestehen zu können. Ich überlasse Ihnen, in dieser Sache nach Ihrem Gutdünken zu handeln. Eine gemeinschaftliche Besprechung kann Ihnen Niemand verwehren. Im letzteren Falle warne ich Sie jedoch, keine Aufregung unter den Gesellen hervorzurufen, indem ich mich im entgegengekehrten Falle gezwungen sehe, der Staatsanwaltschaft baden Anzeige zu machen.

Achtungsvoll zeichnet  
Grunow, im Namen der Innung.“

Hiernach fand Montag, den 20. d. M., eine Allgemeine Schuhmacherversammlung statt, in welcher der Vorsitzende des Allgemeinen Schuhmacher-Vereins, Herr Kühn aus Berlin, über die schlechte und gedrückte Lage der Schuhmachergesellen resp. Kleinmeister unter vielem Beifall referirte. Mit diesen Worten wies er (Redner) einige faule Bemerkungen zweier Kleinmeister (Ortsvereiner) entschieden zurück, und kritisirte zugleich das zweideutige Auftreten des Dr. Max Hirsch in der Arbeiterbewegung. An der hierauf folgenden Diskussion, wobei besonders das Gebahren der jüngstigen Meisterschaft scharf angegriffen wurde, betheiligten sich aus Berlin die Herren Gysse, Conrad Schubert und von hier die Herren Weiland, Günzel, Kleinmeister Fischer und P. Grieben. In der Pause traten 24 Mann in den Verein. Folgende Resolution wurde mit allen gegen 2 Stimmen angenommen: Die heutige Versammlung erkennt aus dem Antwortschreiben der Arbeitgeber, daß dieselben die Allgemeinheit sowie die Vereinigung der Gesellen zu hemmen suchen und nicht gewillt sind, mit den Gesellen Hand in Hand zu gehen.“

In der darauf folgenden Versammlung wurden als Vertrauensmänner: Kieling bei Schuhmachermeister Schindhauer, Havelstr., als Kassirer, P. Grieben, Brüden-Str. Nr. 7, vorgeschlagen resp. gewählt. Als Vereins-Organ ist der „Volkstaat“ ernannt.  
Paul Grieben.

**Bernau, 24. Januar.** Der „Neue Sozialdemokrat“ bringt in seiner Nummer vom 22. d. Mts. einen Bericht über eine hier stattgefundene Volksversammlung, mit der Ueberschrift „Niederlage der Ehrlichen.“ Die Unterzeichner des Berichtes, die Herren Tölke und A. Kappel beschwerten sich sehr darüber, daß unsere Parteigenossen, die Herren Bernstein und Kleist aus Berlin anwesend waren, um, wie sie sich ausdrücken, ihre Agitation zu durchkreuzen. Der ganze Bericht ist überhaupt in einer sehr gehässigen und unanständigen Form abgefaßt; auch enthält er Unrichtigkeiten die ich unbedingt berichtigen muß. Nachdem in besagter Versammlung die beiden Referenten Tölke und A. Kappel gesprochen, sprach unter andern auch Herr Kleist unter vielem Beifall der Anwesenden und bat die Arbeiter, sich vor den besoldeten Agitatoren zu hüten, zeigte die Verderblichkeit des faulen Agitatorenwesens und zog eine Parallele zwischen demselben und den Pfaffen. Nachdem sprachen die Herren Tölke und Kappel, und da sie mit ehelichen Waffen den Gegner nicht bekämpfen konnten, so hielten sie sich auf andere Weise durch, sie denunzirten Herrn Kleist der Polizei als einen Postsekretär und suchten es so den Arbeiten planibel zu machen, daß derselbe es durchaus nicht ehelich meinte, da er ja Staatsbeamter sei. Hierauf hatte sich Herr Kleist zum Worte gemeldet, aber nur mit großer Mühe gelang es mir, ihm dasselbe zu verschaffen, da durchaus Herr Kappel wieder sprechen wollte. Auch wurde der Redner mit Zeichen des Unwillens bei seinem Auftreten von der Versammlung empfangen, aber natürlicherweise hatte er dies nur dem Herrn Redner zu verdanken, welche ihn auf so gemeine Art und Weise angegriffen und verdächtigt hatten, es gelang ihm aber alle Angriffe der Gegner zu nichte zu machen, und er erklärte, daß er schon seit geraumer Zeit vom Postdienst zurückgetreten und jetzt eine Privatstellung inne habe. Trotzdem behaupten die Herren in ihrem Bericht, Herr Kleist sei Postsekretär und er sei nur von Köln (wo er früher wohnte) nach Berlin gekommen um den allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu bekämpfen. Sein erstes Debit habe er in Bernau gegeben. Weiter wird die von Herrn Bernstein eingebrachte Resolution eine gleichnerische genannt, sie lautete: „In Erwägung, daß die gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse durchaus nicht dazu angethan sind, dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, verpflichten sich die Arbeiter Bernau's, sich der sozialistischen Bewegung anzuschließen und mit allen Kräften auf Vereinigung beider sozial-demokratischen Fraktionen hinzuwirken.“ Jedemfalls war diese Resolution mit großer Majorität abgelehnt worden, wenn sie der Vorsitzende Müller richtig verlesen hätte. Ueberhaupt möchte ich gern wissen, ob die Herren wirklich glauben einen Sieg am hiesigen Orte errungen zu haben. Trotzdem die von ihnen eingebrachte Resolution ange-

nommen wurde, hat sich auch nicht ein einziger dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ angeschlossen.

Mit sozial-demokratischem Gruß  
G. Glabewitz, Schriftführer der Versammlung.

**Greuznach, 9. Februar.** Gestern Abend wurde Parteigenosse Joseph Hochgärtel in der polizeilich angemeldeten Versammlung wegen einer Rede und Vortrag des Artikels „Kasler'sche Enthüllungen“ aus dem „Volkstaat“ von dem hiesigen Commissar verhaftet und der „Volkstaat“ konfisziert. Näherer Bericht folgt.  
J. Hessel jun., Vertrauensmann.

**London, 11. Febr.** Die Sektion Woolwich hat dem britischen Föderalrath der Internationalen Arbeiter-Association mitgetheilt, daß in der Fabrik von Gebrüder Siemens, Fabrikanten von Telegraphenträhnen und Telegraphieapparaten, ein Strike ausgebrochen ist, weil die Herren Siemens sich weigern, den Arbeitern für Ueberstunden — meist Nachtarbeit — den bisher allgemein üblichen höheren Lohn zu bezahlen, wie er von allen ihren Konkurrenten bezahlt wird. Die Herren Siemens, selbst Deutsche, haben sich nun nach Deutschland gewandt, um Mechaniker kommen zu lassen, und acht oder zehn sind bereits eingetroffen. Unter der Versicherung, daß kein Strike in der Fabrik im Gange sei, hat man sie einen Kontrakt auf sechsmonatliche Dauer unterschreiben lassen, und sie sind jetzt für diese Zeit gefesselt gebunden. Der britische Föderalrath ersucht nun die Redaktion des „Volkstaat“ und durch sie die Redaktionen aller übrigen deutschen Arbeiterblätter, diese Thatsachen bekannt zu machen und vor fernemem Zugang zu warnen. Die genaue Adresse der betreffenden Fabrik ist: Siemens Brothers, Charlton bei Woolwich, Telegraph Works.

**Briefkasten**  
der Redaktion: A. Voigt in Halberstadt: Wir sind der Meinung, daß die ausgeschriebene Extrasteuer ohne Weiteres zu entrichten sei; wozu also erst Beschlüsse fassen und Andere aufzufordern, ein Gleiches zu thun? — Savänke in Hannover: Kam für diese Nummer zu spät.  
der Expedition: Karl Dallmann in Celle: Schriften poste restante an Sie gesandt. — Kalisch für Schrift 15 Pf. — Haase in Wyl-Nastrict 1. Quartal 1. 10. — Kettel in Weimar für Schriften 5 Thlr. — Mantso in Ludenwalde f. Schriften 15 Gr. — Hablich hier für Kalender 1. 17. 3., für Abon. 4. 22. — A. Müller in Berlin für Schriften 11 Gr. 3 Pf., für Porto noch 1 Gr. — Nisch in Währ.-Schönberg: Brief erb., Schrift. folgen, Kalender vergriffen. — Hschorsch in Kötzschenhau oder Kötzschenhau, dieser Ortsname ist der Post unbekannt, bitten daher um genauere Adresse, ehe Ihre Bestellung effectuirt werden kann. — Hesse in Erfurt: Von und das Kreuzband richtig abgegangen.  
Expedition der Schnaden in Frankfurt a. M.: Aus welcher Ursache erhalten wir Ihr Tauschblatt nicht in diesem Quartal?

**Fond für pol. Gemafregelte.**  
Vom sozialdemokratischen Arbeiterverein in Berlin durch Skadanowsky 4 Thlr.

**Für den Volkstaat**  
Vom sozialdemokratischen Arbeiterverein in Berlin durch Skadanowsky 1 Thlr.  
Die Exp. d. V.

**Genossenschaftsbuchdruckerei.**  
Antheilscheine bez. Anteilquittungen erhielten ferner in Neudorf bei Staßfurt: G. R. 3. 20, in Limbach b. Chemnitz W. B. 1., E. Sch. 1., Th. H. 1., C. P. 1.; in Gießen C. D. 1., G. M. 1. Ph. Sch. 1.; in Thonberg M. D. 7.; in Leipzig F. L. 10, Chr. H. 50, C. G. 1., E. P. 1.; in Hamburg R. P. 3. 15., A. G. 1. 15, H. Sch. 1., C. H. 1., E. A. P. 2., A. W. 1. G. 10., R. 3. 2.; in Wandsbeck P. M. 1., E. S. 1.; in Penig: G. St. 1., A. D. 1.; in Hohenstein J. S. 1., G. M. 1., E. P. 1.  
Hablich, Kassirer.

### Anzeigen zc.

**Berlin.** **Sozialdemokratische Arbeiterpartei.**  
Sonntag, den 16. Februar Vormittags 10 Uhr bei Herrn Bettin, Brunnenstraße 34. Vortrag des Herrn Kayser: Die neue Eisenbahnlinie und das Concessionswesen. Zu dieser Versammlung ist der Abg. Kasler eingeladen.  
A. Giesing, Vertrauensmann.

**Borna b. L.** Sonntag, den 18. Febr., Nachmittags  
**Volksoberamtlung.**

**Halberstadt.** Montag, den 17. Februar, sowie von jetzt ab alle Montage Versammlung der Mitglieder der sozialdemokr. Arbeiterpartei im „Deutschen Kaiser“ bei Herrn Pfaisant, Breitenweg und Weingartenecke.  
Tagesordnung: „Auszüge aus dem Protokoll der Generalversammlung von 1872 vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Verschiedenes und Fragelasten.“  
Fr. Voigt, Vertrauensmann.

**Hamburg.** **Sozialdemokratischer Arbeiterverein.**  
Versammlung am Montag, den 17. Febr. Abends 9 Uhr in Hansch's Clublokal, Schauenburgerstr. 14.  
Tagesordnung: Die Hamburger Gewerbestammer und die Zerfahrenheit des Bürgerthums. Referent Kälbel. Gäste haben Zutritt.

**Hamburg.** Am Sonnabend den 22. d. M. findet in Tüzens großen Saal

**Concert und Ball**  
statt, veranstaltet von den Mitgliedern des sozialdemokratischen Arbeitervereins. Um recht zahlreiche Betheiligung ersucht **Das Comité.**  
Einschaffarten Nr. 24 4 Schillinge sind zu haben bei den Colporteur des „Volkstaat“, bei Herrn Geib, Köddingsmarkt 12, und in allen Vereinsversammlungen. (26)\*

**Leipzig.** **Gewerkschaft der Holzarbeiter.**  
Versammlung Sonnabend den 15. Febr. Abends 8 Uhr bei Hebler, Windmühlstraße 7.  
D. Bevoollm.

**Leipzig.** **Fachverein der Kürschner und Hüchenschneider Leipzigs und Umgegend.**  
Montag den 17. Februar Abends 8 Uhr Versammlung bei Richter, Köpplag Nr. 9 im Teianon.  
Tagesordnung: Bericht über das am 1. März abzuhaltende Fest. — Revisionswahl. Allgemeines Erscheinen wird dringend gebeten. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Der Vorstand.

**Leipzig.** **Der Arbeiterbildungsverein**  
feiert Sonnabend, den 22. Februar in den Räumen der Tonhalle sein 12. Stiftungsfest.  
**Programm:**  
Jahresbericht des Vorsitzenden.  
Festrede von Herrn Dr. R. Schweichel aus Berlin.  
**Social- und Instrumental-Concert und Ball.**  
Programms zu 2 1/2 Ngr. sind zu haben im Vereinslokal Ritterstraße 43 2 Tr. und am Festabend an der Kaffe.  
Freunde und Gönner des Vereins laden herzlich ein  
Der Vorstand.

**Leipzig.** **Gewerkschaft der Holzarbeiter.**  
Sektion der Stellmacher.  
Sonnabend, den 15. Februar außerordentliche Versammlung. Um pünktliches Erscheinen bittet  
Der Vorstand.

**Leipzig.** **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**  
Dienstag, den 18. Februar Abends 8 Uhr Sitzung bei Herrn Hiltbold, Gewandgäßchen Nr. 4. Tagesordnung: Die Gewerkschaftsagitation. Referent Stelzer. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. Gäste sind willkommen.  
Der Vorstand.

**Leipzig.** **Nachruf.**  
Am 9. d. Mts. verschied nach längerem Leiden wieder ein treues Vereinsmitglied, G. H. H. in seinem 58. Lebensjahre. Er war unwandelbar für unsere Sache. Leicht sei ihm die Erde! Der soz. dem. Arbeiterverein.

**Leipzig.** Ein Junge, welcher Lust hat, Schuhmacher zu werden, kann in die Lehre treten bei P. Ulrich, Gewandgäßchen Nr. 4 in Leipzig. (2)

**Leipzig.** Den in- und auswärtigen Parteigenossen zur schuldigen Nachricht, daß der hiesige soz.-dem. Arbeiterverein sich neu constituirt hat. Versammlungen finden jeden Sonntag von Abends 7 Uhr statt. Vereinslokal: Schäfer's Restauration „Volkstaat“ und „Chemn. Freie Presse“ liegen daselbst feils aus.

Fr. Müller, z. Z. Vorf.  
Gleichzeitig sei noch erwähnt, daß, um eine erfolgreiche Agitation in den Kohlenbezirken bei Grimma und Colditz zu beginnen, eine Besprechung der Parteigenossen in hiesiger Gegend sehr wünschenswerth wäre, und sind Briefe an die oben benannte Adresse zu richten.

**Solingen.** **Sozial-demokratische Arbeiter-Partei.**  
Mitglieder-Versammlung am Montag den 17. Febr. Abends 7 Uhr im Rüttel bei Karl Klein, Goldstraße.  
Der Vertrauensmann.

**Thonberg-Leipzig.** **Arbeiter-Versammlung.**  
Montag, den 17. Februar, Abends halb neun Uhr, im Gasthaus zum Thonberg (Thonberg-Strassenhäuser). Tagesordnung: Gründung eines Arbeitervereins und Wahl des provisorischen Vorstandes.  
Zutritt hat Jeder, welcher Mitglied werden will.

**Zur Bruchlung.**  
Wir ersuchen die **Pösauner** Genossenschaftsgenossen, uns eine Adresse mit dem Brief zukommen zu lassen, damit wir betriebs der Agitation mit Euch in Correspondenz treten können.  
Für das Agitations-Comité.  
Eugen Rippert  
am Berg Nr. 24, nächst Landobut.

**Nachricht.** Wer im 13. und 14. März Wahlkreis in Bezug abhaltender Volksversammlungen und Uebernahme eines Referates Anschluss wünscht, wolle sich gefälligst an mich wenden.  
Leipzig, 12. Febr. 73.  
W. Fink, Hobe Straße 4.

Für meine Colportage-Buchhandlung suche ich einen zuverlässigen, gewandten jungen Mann, welcher im Stande ist, eine kleine Caution zu leisten, als Bote.  
Etwas Agitationstalent wäre erwünscht.  
Weimar.  
In meinem Verlage ist erschienen:  
C. Kettel jun.

**Sechs Partei-Lieder**  
und empfehle dieselben pro Dugend zu 4 Sgr.  
C. Kettel jun., Buchhändler.

**Aufforderung.**  
Alle Diejenigen, welche „Volkstaatkalender“ bezogen und noch Expl. hiervon ohne Verwendung auf Lager haben, werden ersucht, solche **sofort** zurückzusenden. Was binnen 8 Tagen nicht retournirt ist, muß bezahlt werden.  
Ebenso werden die Abnehmer von Schriften resp. Filial-Expeditionen und Colporteurs, welche noch im Rückstande sind, aufgefordert, bis Ende dieses Monats die Beträge hierfür einzusenden, damit die Geschäftsbücher abgeschlossen werden können. Die übrigen Expl. der Lief. 1—5 des Leipziger Hochverrathesprozesses erbitten wir franko rückzusenden.  
Leipzig, 10. Febr. 1873.

Die Buchhandlung des Volkstaat.  
W. Fink, Chr. Hablich.

Durch die Buchhandlung des „Volkstaats“ ist in neuer Auflage erschienen:  
**Anti-Syllabus**, Gedicht von Dr. Kasser. Preis 5 Pf.

Im Commissionsverlage der Buchhandlung des „Volkstaat“ ist erschienen:  
Der letzte Strike, Gedicht von Dr. Kasser. Preis 5 Pf.  
Ceterum censeo, „Dr. Kasser. Preis 5 Pf.

Photographie Passalle's (Brustbild). Folioformat. à 1 Thlr.  
Herr Bohmert, Professor der Nat. Dehon. in Zürich und seine Fälschungen der Wissenschaft. Preis per Exemplar 8 Ngr.

Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim von Aug. Rödel. Preis 10 Ngr.  
Die Verfälchung und Verschlechterung der Lebensmittel von H. Vogel. Preis 12 Ngr.

Von der Macht des Gemüthes, von Hufeland. Preis 12 Ngr.  
Die junge Mutter oder die Behandlung der Kinder u. ihre Erziehung, von Dr. Alcott. Preis 20 Ngr.

Die physische Lebenskunst, von Dr. Alcott. Preis 1 Thlr. 10 Ngr.  
Indirekte Steuern von Lassalle. Preis 4 Ngr.

(Wiederverkäufer bei Abnahme von mindestens 3 Exemplaren gegen baar hohen Rabatt)

Im Verlag des Unterzeichneten erschien soeben:  
**Wissen ist Macht — Macht ist Wissen.**  
Vortrag  
gehalten zum Stiftungsfest des Dresdener Arbeiterbildungs-Vereins am 5. Februar 1872, und zum Stiftungsfest des Leipziger Arbeiterbildungs-Vereins am 24. Februar 1872  
von W. Liebknecht.  
Nach dem in Dresden ausgenommenen stenographischen Bericht bearbeitet  
3 Bogen broschirt.  
Preis pro Expl. 2 1/2 Sgr. — Bei Abnahme von 12 Expl. à 2 Ngr. Leipzig, im Februar 1873. Genossenschaftsbuchdruckerei.

**Filialexpeditionen**  
befinden sich zur Plagwitz, Lindenau und Umgegend bei Herrn Meinhardt in Lindenau, für Reudnitz, Alt- und Neuschönefeld, Volkmarisdorf, Thonberg zc. bei Herrn Stelzer, Kapellenstraße Nr. 11 in Reudnitz, für Klein- und Großschoder, Schleusig bei Herrn Karl Fleischer Nr. 87 in Kleinshocherz, für Connewitz und Umgegend bei Herrn Teubert, Bornaschke Str. 19 in Connewitz.  
Leipzig: Bernam, Redakteur A. Seiffert. (Redaktion und Expedition des „Volkstaat“). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.